

JOACHIM KLOSE · DRESDEN

DAS UNBEHAGEN AN DER DEMOKRATIE

Zwei große Jubiläen, die miteinander zusammenhängen, rückten im Jahr 2009 die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland in den Fokus der Aufmerksamkeit: 60 Jahre Grundgesetz und 20 Jahre Deutsche Wiedervereinigung. Die Friedliche Revolution von 1989 war ein Höhepunkt der Geschichte für das Deutsche Volk. Die Bürger gingen in der DDR für Demokratie und Freiheit auf die Straße, und die Sensation war perfekt, als im März 1990 in der ersten demokratischen Wahl nach dem Zweiten Weltkrieg die Mehrzahl der Ostdeutschen dafür stimmte, dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beizutreten. Trotz der vierzig Jahre dauernden nationalen Teilung wichen die Ostdeutschen in ihren Einstellungen zur Demokratie nur graduell von dem aus Westdeutschland bekannten Bild ab.¹ Erwartet worden war hingegen, dass sie der bürgerlich-liberalen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland ablehnender gegenüberstehen würden, weil die gewohnten politischen Strukturen der DDR in der Kontinuität des deutschen Obrigkeitsstaates standen.

In demokratischen Staaten wie der nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten Bundesrepublik Deutschland steht das Individuum im Vordergrund. Es besitzt einen hohen Grad an persönlicher Freiheit und Chancengleichheit. Seine Entwicklung ist durch hohe soziale Mobilität und Pluralität geprägt. Doch welche Freiheiten konnten die ehemaligen DDR-Bürger entwickeln?

Im realexistierenden Sozialismus galt die gesamte Aufmerksamkeit dem Kollektiv. Der Einzelne war nicht frei und es herrschte auch keine Chancengleichheit. Dominierend waren soziale Immobilität, Gleichschaltung und Uniformität. Während in der Demokratie die Situation der Menschen von ihren Aktivitäten abhängt und sie verschiedene Handlungsalternativen besitzen, ist das Leben in der Diktatur fremdbestimmt und durch geringe Entwicklungsalternativen geprägt.²

JOACHIM KLOSE, geb. 1964, ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Sachsen sowie Leiter des Bildungswerks Dresden. 1997-1998 Lehrbeauftragter an der Humboldt-Universität Berlin, 2000-2007 Gründungsdirektor der Katholischen Akademie des Bistums Dresden-Meißen.

In der Demokratie muss um Erkenntnisse immer wieder gerungen werden, jeder ist zur Kritik und Mitgestaltung aufgefordert, dadurch wird Toleranz, Offenheit und dynamische Entwicklung befördert. In der Diktatur herrschte stattdessen Starrheit und Ideologie vor. Die westlichen Demokratien sind durch die gewaltfreie Übergabe der politischen Macht, durch Gedanken- und Kommunikationsfreiheit und durch die Autonomie und Verantwortung des Einzelnen charakterisiert.

Die Unterstützung der Demokratie ist seit 1990 nicht nur im Osten Schwankungen unterworfen, bemerkenswert aber ist, dass sie dort stets geringer ausfällt. So fällt auf, dass in den neuen Bundesländern das Niveau der politischen Unzufriedenheit erheblich höher ist, ohne eine Annäherung an das Westniveau zu erreichen. Dies macht sich besonders in den jüngeren Generationen bemerkbar. So zeigt eine Untersuchung des Bildungsministeriums für Bildung und Forschung zum extremistischen Verhalten der Bevölkerung in Deutschland,³ dass Jugendliche und junge Erwachsene in Ost- und Westdeutschland nicht häufiger politikverdrossen sind als ältere Jahrgänge, aber die Unzufriedenheit mit der Demokratie nach westlichem Vorbild zu allen betrachteten Zeitpunkten in der ostdeutschen Bevölkerung stets höher als 40 Prozent liegt. Woran liegt das?

Die politische Transformation

Der Übergang von der Diktatur zur Demokratie löst Irritationen und Orientierungslosigkeit aus, was sich an der ostdeutschen Bevölkerung nach 1989 beobachten ließ. Dabei war es zwar von Vorteil, dass die DDR in die Bundesrepublik Deutschland integriert wurde, welche wirtschaftlich leistungstark und mit einer bewährten Demokratie ausgestattet ist. Worin bestanden aber die individuellen Herausforderungen und wie wurden und werden sie bewältigt? Wie abhängig war der Einzelne von der DDR? Wurde die Diktatur von den Bürgern gestützt? Wie ließ sie sich durchsetzen? Die ehemalige DDR hatte 16 Millionen Einwohner, von denen mehr als 1,5 Millionen Bürger Mitglied der Staatspartei, der «Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands» waren. Insgesamt haben ca. 20 Prozent der Bevölkerung, was mehr als 3 Millionen Bürger sind, das System aktiv unterstützt und Vorteile gegenüber der allgemeinen Bevölkerung genossen. Ihnen standen ca. 10-15 Prozent der Bevölkerung gegenüber, die kritisch eingestellt waren. Die große Mehrzahl verhielt sich passiv dem System gegenüber, suchte sich Nischen und lebte in Parallelwelten, um der staatlichen Ideologie und Repression zu entgehen.

Doch welche Auswirkungen hat das politische Sich-Anschmiegen für die Gestaltung der Demokratie? Die schizophrene Erziehung in der DDR, die die private Erlebniswelt von dem politischen Wohlverhalten trennte,

hat zur Folge, dass sich die Bürger auch heute wenig mit dem politischen System identifizieren. Entgegen den Erwartungen nach der friedlichen Revolution gibt es wie z.B. in Sachsen keine politischen Milieus mehr, die Bevölkerung geht eher auf Distanz zu den politischen Akteuren, und das politische Engagement ist zurückhaltend.

Das zeigt vor allem die politische Partizipation: Weniger als ein Prozent der sächsischen Bürger sind Mitglied einer politischen Partei. Die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen sank von 73 Prozent im Jahr 1990 auf 52 im Jahr 2009, und es sind zwei extremistische Parteien im Sächsischen Landtag vertreten (20,6% LINKE; 5,6% NPD). Man muss sich vergegenwärtigen, dass nur 39% der Gesamtbevölkerung Sachsens demokratische Parteien als ihre Vertretung gewählt haben.

Bei der NPD zeigt sich eine Diskrepanz in Einstellung und Zusammensetzung zwischen Partei und Wählern. Der Landesverband Sachsen hat weniger als 1.000 Mitglieder, die Mitgliederzahl ist stark sinkend und setzt sich überwiegend aus bildungsfernen Schichten zusammen. Der typische NPD-Wähler hingegen kommt aus den ländlichen Gebieten und betrachtet sich als Wendeverlierer, obwohl er keine materielle Not leiden muss. Während nur 2-3% der Bevölkerung rechtsextreme Einstellungen zeigen, sind ca. 11% der Bevölkerung aufgrund der Deutungsmuster nicht abgeneigt, eine Wahl der NPD zu erwägen. Dass die Wahl der NPD in Sachsen auch mit der soziodemografischen Situation der Bevölkerung zusammenhängt, lässt sich ahnen, wenn man die Ergebnisse der Reichstagswahl 1907 mit der Landtagswahl 2009 vergleicht. Bemerkenswert ist, dass jene Regionen, die 1907 in Sachsen antisemitisch wählten, heute das Wählerpotential der NPD bilden.⁴ Es sind die Gebiete, die wirtschaftlich benachteiligt sind gegenüber den «Leuchtturmregionen».

Individuelle Folgen

Auffallend ist, dass Eigenschaften eines negativen Systems im Nachhinein als positiv erfahren werden. Die planwirtschaftlich strukturierte DDR-Wirtschaft nach sowjetischem Vorbild führte von Anfang an zu Mangelsituationen, die im Laufe der Zeit bis zum wirtschaftlichen Zusammenbruch immer schwerer zu kompensieren waren. Mangel besitzt ein Motivations- und Kreativitätspotenzial, führt zu intensivem Austausch und reger Kommunikation, deren Verlust als Defizit innerhalb der demokratischen Gesellschaft erfahren wird, weil dort begehrte Waren jederzeit verfügbar sind.

Da in der DDR zum Beispiel Bücher aufgrund geringer Auflagen und der politischen Zensur nicht frei zur Verfügung standen, wurden diese ausgetauscht, sofort gelesen und besprochen. Manche Bücher bekam man eben nur ein Mal, so dass die Gelegenheit ergriffen werden musste. Die Folge

war, dass intensiver und systematischer gelesen wurde als heutzutage. Dies betraf auch das Verbot von westlicher Rockmusik. Schallplatten waren ein Kommunikationsmedium. Der Mangel an Telefonen führte dazu, dass man sich intensiv und unangemeldet gegenseitig besuchte. So bildeten sich Räume des Austausches und der Freundschaft, deren Verlust durch moderne Kompensationsmöglichkeiten wie Handies, E-Mails und virtuelle soziale Netzwerke als schmerzhaft empfunden wird.

Mangelsituationen sind also einerseits sinnstiftend, indem sie zu Handlungen motivieren, die selbst als sinnvoll erfahren werden. Andererseits bedarf es eines «Handlungsdruckes», um kreativ zu werden. Mangel erzeugt zwar Kreativität, aber wie viel Mangel ist notwendig, um kreativ zu werden? Was hindert den Einzelnen, die positiven Erfahrungen, die in der Diktatur gewonnen wurden, in der demokratischen Gesellschaft fortzusetzen? Demokratien setzen voraus, dass die Menschen beständig kreativ sind und motiviert Freiräume erobern. Es gibt aber auch Umstände, unter denen es als angenehmer empfunden wird, keine neuen Ideen auszuprobieren. Stattdessen wird der Status Quo akzeptiert und man versucht, mit diesem zu leben, was in der DDR-Zeit zur Rückkehr ins Private bzw. zur Beschäftigung mit alltäglichen Lebensumständen führte und sich bis heute scheinbar nicht geändert hat. Der Glaube an Werte wie Demokratie und Freiheit scheint nicht ausreichend, als dass sich der Einzelne mit öffentlichen, über das Private hinausgehenden Angelegenheiten befasst.

Zeit als erklärender Faktor

Das Zeiterleben in der Diktatur unterscheidet sich vom Zeiterleben in der Demokratie: Karrierechancen waren aufgrund der Machtverhältnisse für die Mehrzahl der Bürger begrenzt. Die Zukunft der persönlichen Entwicklung schrumpfte auf eine langanhaltende Gleichförmigkeit zusammen, welche die Zukunft vorhersagbar machte und relative Sicherheit sowie Stabilität suggerierte. Da das berufliche Fortkommen schicksalsgeprägt und kreative Selbstentfaltung nur begrenzt möglich war, wurde die «fremdbestimmte» Arbeitszeit nicht als gestaltbare Lebenszeit betrachtet, sondern als «Dienstzeit» und auf das notwendige Minimum beschränkt. Das führte auch dazu, dass es wenige geradlinige Entwicklungslinien gab und in berufliches Fortkommen begrenzt investiert wurde, was sich nach 1989 als nachteilig erweisen sollte. Das Leben war durch klare Rhythmen begrenzt, wodurch ein Maximum an frei gestaltbarer Zeit zur Verfügung stand. Oft sehnen sich die Menschen in der heutigen Schnellebigkeit nach diesem sicheren Rahmen ihres Lebens zurück. Eine zukünftige Aufgabe sollte darin bestehen, dort anzusetzen: sichere Rhythmen und Orte der Ruhe zu schaffen.

Ein weiterer Punkt, der mit dem Zeiterleben zusammenhängt, betrifft im Allgemeinen den Verlust der Vergangenheit. Aufgrund ideologischer, auf die Geschichte der Arbeiterbewegung fixierter Wissensvermittlung blieb den ehemaligen DDR-Bürgern die Kausalität deutscher Geschichte verschlossen. Der Verlust des Geschichtsbewusstseins führt zur Abkopplung vom Zeitfluss der Geschichte, sodass sich der Einzelne nicht in der Tradition und Verantwortung der Vergangenheit sieht. Weil Gefährdungen der Vergangenheit unbekannt sind, wird eine verantwortliche Zukunftsgestaltung erschwert. In diesem Zusammenhang ist es erstaunlich, dass es nur wenige Darstellungen der Alltagsgeschichte der DDR gibt, die die Lebensleistung der Menschen würdigen und deren Bedeutung für das gegenwärtige politische Handeln betrachten. So wird es möglich, dass viele Mitbürger negative Aspekte der Vergangenheit ausblenden, obwohl die wissenschaftliche Aufarbeitung gerade die Verbrechen der Diktatur sichtbar macht. Denn wenn das Erleben der DDR-Bürger auf die negativen Seiten des politischen Systems reduziert wird, führt dies zur Verteidigung der eigenen Lebensleistung. Um der Relativierung der DDR durch ehemalige Systemträger oder ihrer Dämonisierung infolge der wissenschaftlichen Aufarbeitung entgegenzuwirken, startete die Konrad-Adenauer-Stiftung zum 20. Jubiläum der Deutschen Wiedervereinigung ein Großprojekt unter dem Titel «Wie schmeckte die DDR?». ⁵

Der Titel signalisierte, dass es um einen emotionalen, sensualistischen Zugang zur Vergangenheit geht und nicht um objektive Realität. Die Reihe rief eine große Resonanz hervor. Im Diskurs wurde die Unversöhnlichkeit derjenigen sichtbar, die in der DDR gelitten haben und gegenwärtig Entwicklungschancen nutzen, und derjenigen, die damals Vorteile genossen und heute unter Machtverlust leiden. Es zeigte sich, dass statt eines Ost-West-Dialogs vor allem ein Ost-Ost-Dialog dringend notwendig ist!

Ein letzter wichtiger Zeitaspekt der Gegenwart sind Identitätsverluste aufgrund gesellschaftlicher Beschleunigungsvorgänge. Zum Beispiel veränderte sich die bebaute Umgebung in den neuen Bundesländern seit 1989 zügig. Das Tempo neuer Erfindungen wird rasanter und die Zeitnutzung intensiver. Dies wird insbesondere durch neue Kommunikationstechnologien hervorgerufen. Auch soziale Netzwerke erzeugen einen Veränderungsdruck auf eine Bevölkerung, die es in geringerem Maße gewohnt war, Computer zu gebrauchen. Reisende, die aus der Bundesrepublik in die damalige DDR fuhren, berichteten von einem Zeitsprung in die Vergangenheit, den sie beim Grenzübertritt erlebten. Die DDR-Bevölkerung hatte diesen Zeitsprung in die Zukunft zu bewältigen. Für viele war die Schwelle zu hoch.

Machtverlust und Machtgewinn

Gesellschaften sind durch Machtstrukturen geprägt. Dabei geht es nicht nur um die politisch repräsentative Macht des Systems, sondern auch um die Macht der Wirklichkeitsinterpretation, des Bildungs- und Erziehungswesens und der Ressourcenverteilung. Ihre Funktion gewährleistet Sanktions- und Drohmittel, die man als Machtgrundlage nutzen kann. In einer Mangelwirtschaft verfügen diejenigen über Macht, die an der Güterverteilung beteiligt sind; ebenso jene, die Güter besitzen. Der Übergang von der diktatorischen zur demokratischen Gesellschaft ist von einer allumfassenden Reorganisation der Macht begleitet. So bedeutete dieser Prozess für die Mehrzahl der ostdeutschen Bevölkerung einen Machtverlust, welcher nicht nur die gesellschaftlichen Eliten betraf, die infolge der Umwandlung ausgetauscht wurden, sondern auch den einfachen Bürger. Eine Verkäuferin besaß z.B. die Macht, die Güter der Mangelwirtschaft zu verteilen. Dieser Verlust führte zu einer narzisstischen Kränkung, die die Verklärung der Vergangenheit zur Folge hat und von keinem gesellschaftlichen Folgesystem kompensiert werden kann.

Auch ganze gesellschaftliche Räume verloren an Einfluss, z.B. die Kirchen. Diese Horte der Opposition müssen sich jetzt auf dem Markt der Möglichkeiten behaupten. Auch die Medien müssen sich in einer pluralistischen Medienlandschaft durchsetzen. Während der DDR-Zeit hatte jeder Bürger offizielle Medienberichte hinterfragt und «zwischen den Zeilen» gelesen.

Erst gegenwärtig werden Mediendarstellungen als «objektiv» akzeptiert, was zur Folge hat, dass auf die Qualität der Medien nicht mehr geachtet wird. Dies wird am Zeitungseilverhalten und den geringen Auflagen der großen Tageszeitungen sichtbar. Paradox ist, dass absolut die Macht einzelner Medien abgenommen hat, da sie nur Teil in einer ganzen Medienlandschaft sind. In der individuellen Wahrnehmung hat ihr Einfluss aber zugenommen, weil Bewertungskriterien und Orientierung verloren gegangen zu sein scheinen.

Jeder Machtwechsel ist von Ungerechtigkeiten und Verteilungskämpfen begleitet. Erst aus der Perspektive dieses Verlustes ist erklärbar, warum trotz materiellen Wohlstandes ein großer Teil der ostdeutschen Bevölkerung mit der demokratischen Gesellschaft unzufrieden ist. Dies betrifft die ältere Generation in stärkerem Maße als die jüngere. Die faktische Macht in Organisationen hängt vom Einfluss auf Karrieren ab und beruht auf der Disposition von Stellenbesetzungen. Aufgrund des Elitenwechsels, der tendenziell schwierigen Bewertung ostdeutscher Biographien und der sozialen Verbundenheit neuer, westdeutscher Eliten mit ihren Herkunftsräumen waren ehemalige DDR-Bürger über einen längeren Zeitraum von der

politischen und gesellschaftlichen Verantwortung ausgeschlossen. Dies wirkt sich vielerorts auch 20 Jahre nach der Friedlichen Revolution noch beobachtbar aus.

Bemerkenswert ist, dass aufgrund ihrer geringen Kompromissbereitschaft vielen DDR-Bürgern das Ausfüllen des Machtvakuumms nach 1989 unmöglich erschien, obwohl sie kompetent wären, dieses auszufüllen. Macht wurde in der Diktatur nicht unter dem Aspekt der Verantwortung erfahren, sondern fast nur unter dem des Machtmissbrauchs. So gab es auch eine Verantwortung, die sich konsequent der Macht enthielt. Das hatte die unbefriedigende Konsequenz, dass diejenigen, die schon Macht in der Diktatur ausübten, anschließend wieder in gesellschaftliche Positionen drängten. Diese Tatsache ist auch ein Grund für die Zurückhaltung der ehemaligen DDR-Opposition. Schon durch die Mitgliedschaft in einer politischen Partei während der Diktatur wurde man in die Nähe der vorherrschenden politischen Macht gerückt und erschien somit für Andere suspekt. Dieser Punkt wird verstärkt, wenn man sich bewusst macht, dass die Mitgliedschaft in der SED ein atheisches Bekenntnis und damit den Kirchenaustritt verlangte. Daher werden seitens der Ostdeutschen politische Parteien weniger als Interessenlobby, sondern vielmehr als Identitäts- und Machtraum interpretiert, dem es sich lieber zu entziehen gilt.

Sinn- und Utopieverlust

Zur Verführungsmacht des Sozialismus gehörte es, dass er von Anfang an ein pseudoreligiöses Welterklärungssystem anbot. Seine profanen Epiphanien bestehen vor allem darin, das religiöse Verlangen zu verdecken. Der militante Atheismus, der die Gesellschaft damals kennzeichnete, verlegte alles, wofür bis dato ‹Gott› und das ‹Jenseits› gestanden hatten, in die hiesige materielle Welt und setzten an deren Stelle Begriffe wie die ‹Vernunft›, ‹Geschichte›, oder ‹Gesellschaft›.⁶

In den ostdeutschen Großstädten bekennen sich heute mehr als 80 Prozent der Bevölkerung zum Atheismus. Eine Spitzenposition nimmt die Stadt Leipzig ein, in der sich mit 11 Prozent Protestanten und 3,9 Prozent Katholiken weniger als 15 Prozent zum christlichen Glauben zugehörig fühlen. Andere religiöse Bekenntnisse machen insgesamt weniger als ein Prozent aus.

Aber woran glauben all die nichtreligiösen Menschen? Das Erlösungsversprechen, an dem der Sozialismus bis zum Ende festhielt, hatte zur Folge, dass viele den Zusammenbruch ihres Zukunftsbildes als realen Verlust erlebten. Was ist jedoch das Substitut, das an seine Stelle tritt? Vergleiche der Bevölkerung in West- und Ostdeutschland zeigen immer wieder, dass die Mehrzahl im Westen für Freiheit eintritt statt für Gleichheit und im Osten

dieses Verhältnis umgekehrt ist. Zum einen verstehen die Ostdeutschen unter Gleichheit Chancengleichheit statt Gleichmacherei. Zum anderen entspringt aber die Gleichheitsforderung vielleicht der Utopie einer gerechten Gesellschaft, in der wirklich alle gleich sein sollten. Gleichheit zerstört Vielfalt und damit Schönheit. Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Verlust an Schönheit und der ostdeutschen Ablehnung der Religiosität? Die gesellschaftlichen Konsequenzen sind gravierend. Der Verlust der Sozialismusutopie führte zum Sinnverlust und das Residuum der utopischen Gleichheitsforderung zum Leiden an den Ungerechtigkeiten der kapitalistischen Welt und daraus resultierendem materiellem Neid. Diese Konsequenzen kann die Demokratie nicht kompensieren.

Die demographische Entwicklung

Wie wird die wirtschaftliche Situation heute, 21 Jahre nach dem Mauerfall beurteilt? Entgegen den wirtschaftlichen Erfolgen ist die empfundene Zufriedenheit der Ostdeutschen zurückhaltend. Während im Vereinigungsjahr noch drei Viertel der Bevölkerung die Verhältnisse in der DDR als unerträglich empfanden, haben sich die kritischen Stimmen nach der Jahrtausendwende halbiert. Gegenwärtig betont eine Mehrzahl der Ostdeutschen die positiven Seiten der ehemaligen DDR. Wie lässt sich das erklären? Ein Grund liegt im nach wie vor bestehenden Einkommensrückstand im Vergleich zu Westdeutschland und in den eher schlechten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt. Gegenwärtig sind die Zahlen der Hartz IV-Empfänger und der Arbeitslosen immer noch fast doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. Die Ursachen wurden vom Deutschen Institut der Wirtschaft schnell identifiziert: primär fehlen bisher industrielle Kerne, und die vorhandene Hochtechnologiestruktur ist zu schwach entwickelt. Und wo sie vorhanden ist, besteht sie nur aus «Leuchttürmen» wie dem DHL-Drehkreuz in Leipzig oder AMD und VW in Dresden.

Zusätzlich wird das Wirtschaftswachstum durch die demografische Entwicklung erschwert. Wenn Lebensverhältnisse als unsicher oder ungleich empfunden werden, ziehen Menschen Konsequenzen. Der Einbruch der Geburtenrate und damit die Überalterung der Gesellschaft treffen alle Industrienationen Europas, Ostdeutschland aber besonders hart. Nach 1989 ist sie weltweit einmalig auf 0,8 gesunken. 1990 wurde nur die Hälfte der Kinder geboren wie vor 1989. So musste Sachsen in den vergangenen Jahren 170 Schulen und Gymnasien schließen. Heute, nach 21 Jahren, fehlen den Universitäten die Studenten und der Wirtschaft die Fachkräfte. Hinzu kommt die Abwanderung ins Ausland. Dies betrifft besonders ländliche und strukturschwache Regionen. «Der Osten blutet aus», titelt die Tagesschau, denn jährlich verlassen immer noch 45.000 junge Erwachsene die neuen Bundesländer.

Schrumpfungprozesse gehen sehr ungleich vonstatten. Seit 1989 hat Sachsen ca. ein Fünftel seiner Bevölkerung verloren. Während der ländliche Raum fast ein Viertel seiner Einwohner verlor, haben die Großstädte wie Leipzig und Dresden leicht zugelegt. Im Übrigen gehen mehr junge Frauen als Männer, und es gehen vor allem die gut ausgebildeten. So entstand in den ländlichen Regionen ein Männerüberhang von 11%. Dies wirkt sich wiederum auf die Geburtenrate aus. Besonders betroffen sind Städte wie Hoyerswerda oder Johann-Georgenstadt, die durch Kohle- oder Uranbergbau geprägt sind. Dort sind bereits 40% der Bevölkerung abgewandert und bis 2020 wird ein weiteres Drittel gehen. Welche Perspektiven haben die gering qualifizierten, arbeitslosen und alleinstehenden Männer?

Xenophobie und die Sehnsucht nach einem autoritären Staat

Opportunistisches Wahlverhalten das nicht belohnt wird, Einbuße von gesellschaftlicher Macht und Achtung, individueller Verlust von Sinn, Wertschätzung und Orientierung, und eine relative Perspektivlosigkeit, die besonders im ländlichen Raum durch den Fortzug der jungen Menschen bestätigt wird, erzeugt unterschwellig die Sehnsucht nach Ordnung und nach Politikern, die einem sagen, wo es lang geht. «Der Staat müsste doch...» lautet eine bekannte Forderung. Für jemanden, der in Gefahr ist, seine Wurzeln zu verlieren, wird zur Bedrohung, was sich nicht unterordnet oder zum Konkurrenten werden könnte. Ein Indikator dafür ist die Diskrepanz zwischen dem Ausländeranteil der Bevölkerung und der Xenophobie, die den Ausländern seitens der Einheimischen entgegengebracht wird. Rechtsextreme Parteien haben vor allem in den ostdeutschen Bundesländern Erfolg, also dort wo vergleichsweise wenig Ausländer leben. Ob ausländische Studenten, osteuropäische Migranten oder Vietnamesen, die die Mehrzahl unter den Ausländern in Sachsen stellen, sie alle sind gut integriert, beherrschen meist die Landessprache und sind überwiegend berufstätig.

Fazit

Politik kann lediglich Rahmen für Entwicklungsprozesse setzen und diese befördern, nicht aber die Prozesse selbst hervorrufen. Sie besitzt deshalb nur begrenzten Einfluss auf die Gesellschaftsentwicklung, obwohl sie deren rationale Plan- und Steuerbarkeit suggeriert. So gibt es in einer pluralen Gesellschaft keine sich als verbindliches Korrektiv eignende Rationalität. Was bezüglich der Bildung sinnvoll ist, kann wirtschaftlich fragwürdig sein. Auch in der Demokratie treten immer wieder neue Ängste und Herausforderungen auf. Es reicht deshalb nicht aus, dass alle Menschen vieles tun können. Es fehlt das, was den Optionen Sinn gibt, es fehlen Tiefenstruk-

turen. Demokratien neigen dazu, gerade diese aufzulösen, was häufig Nationalismus und religiösen Fundamentalismus als scheinbare Sinnangebote zur Folge hat. Hinzu kommt, dass Demokratien die Unterstützung ihrer Institutionen und den Glauben an deren Wert benötigen, da sie keine eigene Bindungskraft besitzen und kein Zugehörigkeitsgefühl vermitteln.

Der Verlust eines motivierenden Zukunftsbildes führt zu Erosion. Die Demokratie lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann. Es ist ihr großer, gleichsam angeborener Mangel, dass sie keinen greifbaren, die Leiden und Ängste der Menschen rechtfertigenden Lebenssinn vermittelt. Liberale Strukturen, Gewaltenteilung, Marktwirtschaft sowie Gesetze, die die Freiheit sichern, sind nur die Mechanismen, auf denen die offene Gesellschaft basiert. Sie sind Instrumente, die ein geordnetes Zusammenleben garantieren, nicht aber schon die Sache selbst. Demokratische Einrichtungen sind Mittel zur Ermöglichung der Freiheit. Hinzutreten muss ein Kodex vorgegebener Überzeugungen, ein Bewusstsein für Formen und Institutionen, Vernunft und Weitsicht, auch Verlässlichkeit, Mut, Toleranz und Gesetzestreue. Die Vermittlung dieses Kodexes ist Aufgabe der Gesellschaft. Dazu ist es notwendig, Begriffe und Prozesse zu reflektieren, die die Befindlichkeiten der Gesellschaft und jedes Bürgers sichtbar machen.

Als Aufgabe des Einzelnen bleibt, sich in der Wahrnehmung der Wirklichkeit zu üben, ohne sie einfach hinzunehmen, das Verantwortbare zu tun, und das Bewusstsein für die permanenten Gefährdungen zu schärfen.

ANMERKUNGEN

¹ Oskar W. GABRIEL/ Everhard HOLTSMANN, *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland*, München 2005, 490ff.

² Sabine BOERNER, *Die Organisation zwischen offener und geschlossener Gesellschaft: Athen oder Sparta?*, Berlin 1994.

³ Michael BROMBA/ Wolfgang EDELSTEIN, *Das anti-demokratische und rechtsextreme Potenzial unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland*, Expertise für das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), Bonn 2001.

⁴ Hans-Peter LÜHR, *Zwischen Integration und Vernichtung. Jüdisches Leben in Dresden im 19. und 20. Jahrhundert*, Dresden 1996.

⁵ Joachim KLOSE (Hg.), *Wie schmeckte die DDR? – Wege zu einer Kultur des Erinnerns*, Leipzig 2010.

⁶ Joachim FEST, *Die schwierige Freiheit – Über die offene Flanke der offenen Gesellschaft*, Berlin 1993, 52.